

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der CDU

#### **Errichtung einer Kunsthalle – privat finanziert! -**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine dauerhafte Kunsthalle in Berlin ohne direkte und indirekte öffentliche Subventionen ausschließlich mit einem privaten Investor zu errichten.

*Begründung:*

Mit Blick auf die Chancen, das Profil Berlins als einen bedeutenden Ort des internationalen Kunstgeschehens der Gegenwart zu schärfen, hat der Senat von Berlin in seinem Schlussbericht „Konzeption für eine Kunsthalle in Berlin“ vom 18. Juni dieses Jahres die Notwendigkeit einer dauerhaften Kunsthalle herausgestellt. Die CDU-Fraktion bekennt sich ebenfalls zur Errichtung einer Kunsthalle als zentrales Projekt, um Berlin als Metropole der Gegenwartskunst gemeinsam mit den bestehenden Strukturen weltweit zu positionieren.

Nachdem das Vergabeverfahren „Humboldthafen/nördlicher Teil“ gescheitert ist, stellt der Schlussbericht lediglich fest, dass sich ein Standort wie der Humboldthafen anbiete. Alternative Standorte werden nicht erwähnt.

Der Bericht äußert sich ebenfalls nicht zu einer Gesamtfinanzierung. Für das Verfahren „Humboldthafen/nördlicher Teil“ wurde noch ein Investor gesucht, der privat finanziert einen Standort für moderne zeitgenössische Kunst des 21. Jahrhunderts mit einer Ausstellungsfläche von mindestens 2000 Quadratmetern schafft und sich verpflichtet, Berlin eine ständige Kunsthalle zu errichten, die ebenfalls über eine Ausstellungsfläche von 2000 Quadratmetern verfügt. Diese Halle sollte in den Landesbesitz übergehen, Berlin wollte lediglich die Betriebskosten tragen.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Nun sind 30 Millionen Euro für die mittelfristige Finanzplanung des Berliner Haushalts im Gespräch. Über ein neues Vergabeverfahren gibt es keine Hinweise.

Trotz des gescheiterten Vergabeverfahrens „Humboldthafen/nördlicher Teil“ ist am Konzept mit einem privaten Investor festzuhalten. Eine Kunsthalle mit Haushaltsmitteln zu errichten, während Museumsschätze im Depot schlummern müssen, ist der falsche Weg.

Berlin, den 01. September 2009

Henkel Braun  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CD